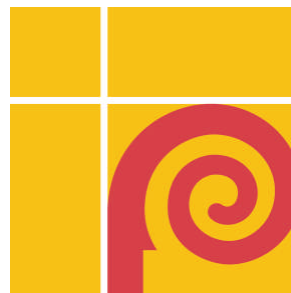


**Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Bereich Pastoral**



Hier beginnt die Zukunft
-
Perspektiven für Ehe und Familie

**Forum in der Katholischen Akademie, Berlin
7. Februar 2006
zur Initiative der Deutschen Bischofskonferenz
„Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“**

Dokumentation

Dokumentation der Fachtagung

7. Februar 2006

Katholische Akademie Berlin

veranstaltet

im Rahmen der Initiative „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“
vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Pastoral,
in Zusammenarbeit mit katholischen Verbänden und Institutionen
im Bereich Ehe und Familie

Herausgeber:

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Pastoral

Kaiserstr. 161, 53113 Bonn

Familienpolitik muss nach vorne blicken in die Zukunft. Dazu sind Orientierungspunkte und Perspektiven nötig.

Am Beginn der neuen Legislaturperiode veranstaltete die Deutsche Bischofskonferenz am 7. Februar 2006 im Rahmen ihrer Initiative „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“ ein Gesprächsforum zur Familienpolitik.

Für die Deutsche Bischofskonferenz sprach als Gastgeber Georg Kardinal Sterzinsky, der Vorsitzende der Kommission für Ehe und Familie (XI) der Deutschen Bischofskonferenz. Als prominente Gesprächspartnerin war die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Ursula von der Leyen, der Einladung zu diesem Abend gefolgt. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des kirchlichen Arbeitsfeldes Ehe und Familie, der kirchlichen Verbände und viele familienpolitisch Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil.

Im Mittelpunkt des Interesses stand der Austausch über die gegenseitigen Erwartungen und über mögliche Kooperationsfelder.

Besonders konkret wurden die Überlegungen und Diskussionen bei der Frage nach der künftigen Ausgestaltung eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung für Mütter und Väter, die Kinder betreuen.

Das Gespräch kann im Rückblick als ein gelungener Auftakt gesehen werden für einen Prozess der Verständigung und der gemeinsamen Suche nach besseren Rahmenbedingungen für Ehe und Familie in dieser Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Tagungsprogramm:	9
Begrüßung und Einführung	
Erwartungen an die Familienpolitik:	
<i>Georg Kardinal Sterzinsky</i>	11
Statement	
Perspektiven der Familienpolitik	
<i>Dr. Ursula von der Leyen</i>	17
Gemeinsame Linien und Möglichkeiten der Mitgestaltung	
- Ehe und Partnerschaft:	
<i>Prof. Dr. Hans Joachim Meyer</i>	25
- Elternkompetenz:	
<i>Dr. Brigitt Schwarzmann</i>	29
- Familienpastoral:	
<i>Hubert Heeg</i>	33
- Familienhilfe:	
<i>Msgr. Dr. Peter Neher</i>	35
- Familienförderung:	
<i>Elisabeth Bußmann</i>	37
Tagungsgäste	39

Tagungsprogramm

Moderation:

Dr. Peter Frey

Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios

Begrüßung und Einführung:

Erwartungen an die Familienpolitik:

Georg Kardinal Sterzinsky

Vorsitzender der Kommission für Ehe und Familie (XI)
der Deutschen Bischofskonferenz

Grundzüge der Familienpolitik:

Dr. Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gemeinsame Linien und Möglichkeiten der Mitgestaltung

Impulse aus der kirchlichen Familienarbeit

Ehe und Partnerschaft:

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken

Elternkompetenz:

Dr. Brigitt Schwarzmann

BAG-Familienbildungsstätten

Familienpastoral:

Hubert Heeg

Arbeitsgemeinschaft katholische Familienbildung

Familienhilfe:

Msgr. Dr. Peter Neher

Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Familienförderung:

Elisabeth Bußmann

Präsidentin Familienbund Deutschland

Plenumsdiskussion

Schlusswort

Kleiner Empfang

Begrüßung und Einführung
Erwartungen an die Familienpolitik

Georg Kardinal Sterzinsky

Erzbischof von Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu diesem Gesprächsforum, zu dem wir Sie heute Abend im Rahmen der Initiative „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“ der Deutschen Bischofskonferenz eingeladen haben.

Ziel unserer Initiative ist es, das kirchliche Engagement für Ehe und Familie zu bündeln und zu einer starken Lobby für Ehe und Familie zu machen. Es soll deutlich werden, dass die katholische Kirche sich für Ehe und Familie tatkräftig einsetzt und daher ein kompetenter Ansprechpartner für alle ist, denen Ehe und Familie in ähnlicher Weise am Herzen liegt.

Nicht zuletzt deshalb ist es mir eine besondere Freude, Sie, verehrte Frau Bundesministerin von der Leyen, in unserem Kreis willkommen zu heißen. Sie haben diese Einladung, miteinander ins Gespräch zu kommen, zu einem sehr frühen Zeitpunkt Ihrer Amtszeit angenommen und ich weiß, dass Sie dieser Veranstaltung die Präferenz vor einer langen Reihe anderer Einladungen und Termine eingeräumt haben. Wir fühlen uns dadurch geehrt und in unserem Anliegen ernst genommen. Zugleich hoffen wir, Ihnen auf diese Weise auch viel von unseren Anliegen mit auf den Weg geben zu können. Insbesondere jedoch wünschen wir uns, dass Sie den Eindruck mitnehmen, im Bereich der katholischen Kirche tatsächlich hilfreiche Unterstützung und kompetenten Rat zu finden, wenn es um die Belange von Ehe und Familie geht.

Sie werden nachher noch einige Worte zu Ihren Perspektiven für die zukünftige Familienpolitik sagen und wir werden sicher gut darüber ins Gespräch kommen. Vertreter verschiedener Bereiche der katholischen Ehe- und Familienarbeit werden mit kurzen Impulsen aus ihrer jeweiligen Perspektive das Gespräch ergänzen.

Eröffnen jedoch möchte ich den Abend damit, einige zentrale Anliegen der katholischen Kirche an die Familienpolitik zu formulieren, die uns derzeit besonders dringlich erscheinen. Genannt und knapp erläutert seien an dieser Stelle vier Stichworte:

- Armutsprävention
- Kinderfreundlichkeit und Generationensolidarität
- Bildung und Erziehung
- Ehe

Armutsprävention

Wer Verantwortung für eine Familie trägt, weiß um die finanziellen Belastungen, die damit verbunden sind. Viele Familien leben unter schwierigen ökonomischen Bedingungen. Hohe Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit führen häufig zu einer Situation, in der es „hinten und vorne nicht reicht“. Nach Angaben des Kinderschutzbundes beziehen derzeit 1,53 Millionen Kinder unter 15 Jahren Grundsicherungsleistungen. Nimmt man die Jugendlichen bis 18 Jahre hinzu, dann ist davon auszugehen, dass rund 2 Millionen Kinder in Deutschland Leistungen nach Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch XII beziehen. Die Hartz-Reformen haben hier die befürchteten Auswirkungen gezeigt. Der zur Kompensation eingeführte Kinderzuschlag ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem noch nicht aus. Gerade für Familien mit mehreren Kindern ist die Solidargemeinschaft besonders gefordert. Sie muss helfen Armut zu verhindern. Die Gesellschaft ist um ihrer selbst willen darauf angewiesen, dass diese Kinder gute Entwicklungsbedingungen vorfinden.

Die Folgen der Kinderarmut reichen weit. Kinder, die in Armut groß werden, haben häufig schlechtere Lebensperspektiven. Viele wachsen vernachlässigt auf, manche in einem Umfeld von Gewalt, viele sozial isoliert und mit wenig Selbstvertrauen. Wer die Folgen der Kinderarmut bekämpfen will, muss Familien dabei unterstützen, eigene vorhandene Ressourcen zu aktivieren.

Kinderfreundlichkeit und Generationensolidarität

Der häufig genannte demographische Wandel beruht bekanntlich auf zwei Hauptfaktoren: einer zu geringen Geburtenrate und der steigenden Lebenserwartung. Die geringe Geburtenrate ist nicht nur wegen der negativen ökonomischen Auswirkungen eines Schrumpfens der Bevölkerung problematisch, sondern besonders, weil eine Gesellschaft ohne Kinder auch im allgemeinen und übertragenen Sinn verarmt. Beide Entwicklungen – steigende Lebenserwartung und Bevölkerungsrückgang – stellen eine Herausforderung an eine solidarisch ausgerichtete Gesellschaft dar.

Die Zahl der Geburten wird sich nur erhöhen, wenn Eltern mit mehr Zuversicht als bisher davon ausgehen dürfen, dass die Gesellschaft ihre Kinder mit deutlich spürbarer Sympathie aufnimmt – spürbar in den verschiedenen Bereichen des Lebens von der Arbeitswelt bis zur Wohnungssuche. Dass deutsche Gerichte die Schließung von Kindertagesstätten veranlassen, weil diese als unzumutbare Lärmbelästigung eingestuft werden, ist ein Alarmsignal, dass die Maßstäbe nicht stimmen.

Ein bedeutender Faktor für die Lebensqualität älterer Menschen ist der Kontakt zu den jüngeren Generationen und damit verbunden das Gefühl, dazugehören und eingebunden zu sein. Dabei gibt es auch eine Fülle von generationenspezifischen Interessen, die miteinander ausgeglichen werden müssen, angefangen vom Generationenvertrag in der Rentenversicherung bis zur Einrichtung einer Spielstraße. Es ist entscheidend für unsere Zukunft, hier nicht den Gedanken des Konflikts, sondern den Gedanken der Solidarität stark zu machen.

Bildung und Erziehung

Durch ihre Erziehungsleistung legt die Familie das Fundament für alle weitere Bildung des Menschen. Familie ist deshalb die erste und schlechthin fundamentale Erziehungs- und Bildungsinstitution.

Auch dies wird eine künftige Familienpolitik verstärkt in den Blick zu nehmen haben und sie wird ihre Bemühungen darauf richten müssen, dass die Familien zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigt werden. Rücksicht auf die Tatsache, dass Familien gemeinsame Zeit brauchen, ist hier ebenso gefordert wie die Förderung und Weiterentwicklung niederschwelliger Angebote der Familienbildung. Wichtig ist hier nicht nur, neue Angebote zu entwickeln, sondern auch die bestehenden Angebote und Institutionen von der Kindertagesstätte über die Beratungsstellen bis zu den Familienbildungsstätten noch viel besser miteinander zu vernetzen.

Nicht zuletzt sollten Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungsinstitutionen die Eltern noch mehr als bisher als ihre Partner in die Erziehungs- und Bildungsprozesse einbeziehen.

Ehe

Während es mittlerweile kaum noch jemanden gibt, der die Bedeutung der Familie anzweifelt, wird die Ehe im gesellschaftlichen Diskurs nach wie vor unter Wert gehandelt. Wie eng etwa die verlässliche Partnerschaft und die Verwirklichung des Kinderwunsches zusammen hängen hat zuletzt eine Umfrage des Allensbach-Instituts verdeutlicht. 84 % der Befragten nannten

als Voraussetzung, die unbedingt erfüllt sein sollte, bevor ein Kinderwunsch realisiert wird, dass die Partnerbeziehung stabil ist.

Die Ehe als dauerhafter personaler Bund von Mann und Frau ist eine feste Institution, die den geeigneten Rahmen für eine verlässliche Partnerschaft und somit auch für die Familiengründung bietet. Sie steht daher völlig zu Recht unter besonderem staatlichem Schutz. Dafür sprechen auch nach wie vor die gesellschaftlichen Fakten. So war vor kurzem zu lesen: 85 % der verheirateten und mit ihrem Mann zusammenlebenden Frauen zwischen 37 und 40 Jahren betreuten im März 2004 in den alten Bundesländern mindestens ein minderjähriges Kind. Bei den Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft waren es 32 %, bei den allein stehenden Frauen 18 %. In den neuen Bundesländern ist die Familiengründung nicht so selbstverständlich mit der Ehe verbunden, der Zusammenhang ist aber immer noch signifikant. Dass Kinder überwiegend in Familien aufwachsen, die auf Ehen gründen, ist nicht als Relikt aus vergangenen Zeiten abzutun. Statt nach immer neuen Alternativen zur Ehe Ausschau zu halten, sollten wir uns öfter die Frage stellen, was wir und was auch die Familienpolitik zum Gelingen von Ehen beitragen können. Wenn die katholische Kirche sich für die Ehe einsetzt, dann tut sie das nicht aus einer nicht zeitgerechten Anhänglichkeit an überkommene Strukturen, sondern aus der festen Überzeugung, dass die Ehe eine Lebensform ist, die der Natur des Menschen zutiefst entspricht und eine großartige Chance bietet, dass sich Persönlichkeiten weiterentwickeln.

Die klaren persönlichen Bekenntnisse zur Lebensform der Ehe, die der aufmerksame Zuhörer in letzter Zeit deutlicher vernehmen kann – so etwa kürzlich von Herrn Bundespräsident Horst Köhler – sind in dieser Hinsicht ein erfreuliches Signal. Darüber hinaus muss jedoch auch darauf geachtet werden, dass der Schutz der Ehe nicht durch eine Reihe von rechtlichen Detailregelungen auf verschiedensten Gebieten allmählich immer mehr ausgehöhlt wird.

Nach diesen grundlegenden Ausführungen möchte ich abschließend noch auf ein konkretes Projekt der gegenwärtigen Familienpolitik zu sprechen kommen, an dem selbstverständlich auch im Bereich der katholischen Kirche reger Anteil genommen wird. Es handelt sich dabei um die Pläne zur Einführung eines Elterngeldes im Sinn einer Lohnersatzleistung für Eltern.

Als Instrument der Gleichstellungspolitik will es die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Elternteile stärken. In Verbindung mit einem quantitativ und qualitativ guten außerfamiliären Betreuungsangebot eröffnet es bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Positiv wird auch bewertet, dass das Elterngeld Familien in der für sie oft auch finanziell schwierigen Familiengründungsphase unterstützt.

Trotz dieser guten Gründe für ein Elterngeld sind aber auch kritische Anmerkungen zu dem in der Koalitionsvereinbarung skizzierten Elterngeldmodell zu beachten. Für das Elterngeld, das

maximal 12 Monate bezogen werden kann, soll das bis zu 24 Monate zu beziehende Erziehungsgeld aufgegeben werden, das bisher als Familienleistung eigener Art anrechnungsfrei neben Sozialleistungen gewährt wird. Der Deutsche Caritasverband hat berechnet, dass Familien mit niedrigem oder keinem Erwerbseinkommen in den ersten beiden Lebensjahren des Kindes wegen des Wegfalls der Anrechnungsfreiheit und wegen der kürzeren Bezugsdauer bei einer Einführung des Elterngeldes rund 7.200 € weniger an finanzieller Unterstützung zuteil würden als gegenwärtig.

Die Problematik einer sozialen Schieflage im Elterngeldmodell ist Grund zur Besorgnis. Es entsteht der Eindruck, dass der Fortfall des Erziehungsgeldes für die Beziehenden niedriger Einkommen das Elterngeld für die Beziehenden höherer Einkommen finanzieren soll. Familienpolitisch macht die Einführung eines Elterngeldes nur dann Sinn, wenn dadurch nicht ein Teil der Familien schlechter gestellt wird als vorher. Dies ist aus der Sicht der Kirche ein zentrales Anliegen. Daher erscheint es aus mehreren Gründen sinnvoll, das Elterngeld als eine Option neben dem Erziehungsgeld einzuführen.

- So würde eine soziale Schieflage vermieden, da die Beziehenden von niedrigen Einkommen Erziehungsgeld in Anspruch nehmen könnten.
- Das Elterngeld könnte als konsequente Einkommensersatzleistung gestaltet werden und das Elterngeldkonzept würde nicht durch soziale Komponenten in sich brüchig.
- Die weitere Entwicklung würde zeigen, welches Instrument in erster Linie in Anspruch genommen wird.

Ich verrate Ihnen sicher nichts Neues, wenn ich Ihnen mitteile, dass katholische Verbände über ein derartiges Modell nachdenken. Ich würde mich freuen, wenn ein Austausch darüber uns heute auch im Rahmen dieser Diskussionsveranstaltung gelingen würde.

Dr. Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Ehe, Familie, Senioren und Jugend

Sehr geehrter Herr Kardinal Sterzinsky, sehr geehrte Damen und Herren,

die Zukunftsperspektiven der Familienpolitik kann man auf einen einfachen Nenner bringen: Wir brauchen mehr Kinder in den Familien, und wir brauchen mehr Familie und ihre Werte in der Gesellschaft. Das ist eine konservative Perspektive und gleichzeitig ganz modern: Wir müssen Familienpolitik erneuern, um Familie zu bewahren.

Im Erneuern, um zu bewahren, haben die Kirchen besonders viel Erfahrung und eine besonders lange Tradition. Der Text der Bibel, die Grundlage des christlichen Glaubens, ist seit zweitausend Jahren unverändert. Beide Kirchen haben es aber, jede auf ihre Weise, immer wieder geschafft, den Glauben so zu erneuern, dass er Antworten auf die Fragen der jeweiligen Zeit geben konnte. Ich bin davon überzeugt, dass die Kirchen auch heute Antworten geben können auf Wertfragen, auf Erziehungsfragen, auf Fragen des Zusammenlebens. Deshalb hat der Dialog mit den Kirchen zu Themen von Ehe, Familie und Erziehung für mich einen besonderen Stellenwert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vorab ein paar Zahlen zur Familie nennen: 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind davon überzeugt, dass sie sich in schwierigen Zeiten auf die Familie verlassen können. 85 Prozent aller Kinder in Deutschland wachsen bei ihren zusammen lebenden Eltern auf, also in einer Lebensform, die wir als klassische Familie bezeichnen. Die Familie – und ich sage ganz bewusst auch: die Ehe und das dauerhafte Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern – ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Aber gleichzeitig scheint Familie in unserer heutigen Gesellschaft keinen Platz mehr zu haben. In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren. Wir sind das Land mit dem höchsten Prozentsatz kinderloser Paare. Fast ein Drittel aller Paare bekommt keine Kinder mehr. Mehr Männer als Frauen schließen Kinder in ihrem Leben grundsätzlich aus. Wir müssen uns fragen: Warum ist das so? Ist das unabänderlich? Was passiert bei uns?

Wir erleben den demographischen Wandel, wie alle Wissensgesellschaften, aber bei uns ist der Einbruch der Geburtenrate schroffer und bisher ungebremst. Auch in anderen hoch indust-

rialisierten Ländern hat die Kinderzahl abgenommen, doch ist es dort gelungen, dass die Kinderzahl stabil bleibt oder sogar wieder leicht zunimmt. Frankreich, Island, Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Canada, Australien, die USA – alles Länder, bei denen etwas auffällt: Es werden mehr Kinder als bei uns geboren. Sie haben eine geringere Familienarmut, geringere Arbeitslosigkeit, höheres Wirtschaftswachstum, eine höhere Erwerbsquote von Männern und Frauen, aber auch von Müttern und Vätern. Es gelingt ihnen, mehr Zeit und Raum innerhalb der Arbeitswelt für Kinder zu schaffen und die Kinder schneiden im Bildungsvergleich besser ab. Dies muss uns umtreiben.

Was machen wir? Wir führen eine absurde Debatte über die Rabenmutter gegen das Heimchen am Herd. Ich sage Ihnen, ich bin als Familienministerin für beide da, weil beide Kinder erziehen und unser Land sollte geschlossen hinter beiden stehen, weil es irrsinnig ist, diese Menschen in Konkurrenz miteinander zustellen. Die meisten Menschen durchlaufen in ihrem Leben mehrere Phasen: Vollzeit-Tätigkeit, Teilzeit-Tätigkeit und Familienphasen. Alle diese Modelle verdienen unsere Anerkennung und unsere tatkräftige Unterstützung.

Wir wissen aber auch: Das durchschnittliche Alter einer Frau bei der Geburt des ersten Kindes liegt bei über 29 Jahren. Über 80 Prozent der 30 Jährigen sind heute erwerbstätig. Sie stellen sich eine Frage – Männer wie Frauen: Welche Perspektive haben wir, wenn wir ein Kind bekommen? Und wenn die Perspektive heißt: Einkommensverlust, Karriereeinbruch und wachsende finanzielle Kosten durch das Kind, dann fangen viele an zu zögern. Da geht es nicht mehr um unsere Generation, sondern um unsere Töchter und Söhne, die für uns alle sorgen müssen, wenn wir alt sind und die die Kinder bekommen sollen, die sie sich wünschen.

Wir müssen uns für die junge Familie einsetzen, damit sie vor den vielfältigen Herausforderungen, die auf sie zukommen, nicht kapituliert: Berufsanzug, kleine Kinder, kleine Finanzen, durchwachte Nächte, Unsicherheit in der Erziehung. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass mit dem Gedanken an Kinder auch wieder die Zuversicht wächst: Dazu gehört das Wissen, dass Kinder eine unendliche Quelle des Glücks sind. Aber auch die Gewissheit, es finanziell schaffen zu können und eine Perspektive in den kommenden Jahren innerhalb einer modernen, globalisierten Welt zu haben.

Ich habe mir für die nächsten Jahre drei Schwerpunkte gesetzt:

- Ich möchte erstens, dass junge Familien am Anfang gezielt Hilfe erfahren damit sie Mut zum Kind haben – Stichwort: Elterngeld.
- Ich möchte zweitens, dass wir uns mehr um die Kinder kümmern, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden – Stichwort: Frühförderung.
- Und ich möchte drittens, den Zusammenhalt der Generationen zu stärken – Stichwort: Mehrgenerationenhäuser.

Gezielte finanzielle Unterstützung für junge Familien

Warum ein Elterngeld? Das Elterngeld ist ein starkes Signal, dass es der Gesellschaft nicht gleichgültig ist, wenn junge Menschen sich für ein Kind entscheiden. Heute ist es doch so: Wenn ein Kind geboren wird, wächst die Familie, aber ein Einkommen bricht weg. Das Elterngeld mildert diesen Einkommenseinbruch in Zukunft ab. Es nimmt die Angst vor ökonomischen Schwierigkeiten unmittelbar nach der Geburt eines Kindes. Es verhindert bei gering verdienenden Eltern das Abrutschen in die Transferleistungen Und es bedeutet eine Anerkennung: Der Staat honoriert die Erziehungsleistungen der Eltern und unterstützt sie. Als einkommensabhängige Leistung trägt es der Tatsache Rechnung, dass die Einkommenseinbußen nach der Geburt eines Kindes bei denjenigen Eltern höher sind, die vorher ein höheres Einkommen hatten. Jedes Kind ist und bleibt gleich viel wert, aber der Wert der entgangenen beruflichen Verdienstmöglichkeiten ist je nach der individuellen Einkommenssituation sehr unterschiedlich. Die so genannten Besserverdienenden werden sich wegen eines Elterngeldes von maximal 1.800 Euro nicht für ein Kind entscheiden. Sie brauchen eine längerfristige Berufsperspektive mit Kindern. Aber für viele junge Paare mit kleinen Einkommen – die Apothekenhelferin, der Handwerksmeister oder die Krankengymnastin – die ohne Vermögen am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen, kann das Elterngeld den Ausschlag geben, ein Kind oder das zweite Kind zu wagen, ohne Angst vor dem ökonomischen Abstieg zu haben.

Das Elterngeld gibt eine öffentliche Wertschätzung für junge Menschen, die sich dafür entscheiden, in Zukunft in vielen Dingen, die diese Welt so anbietet, Verzicht zu üben und sich dem Wunder, aber auch der Verantwortung zu öffnen, die ein Kind bedeutet. Ein Kind ist immer ein Geschenk für die Eltern. Aber es ist heute in unserer Gesellschaft, in der immer

weniger Menschen sich für Kinder entscheiden, aber alle sich darauf verlassen, dass in Zukunft verantwortungsbewusste und leistungsfrohe Menschen für uns sorgen, auch ein Geschenk der Eltern an die Gesellschaft. Diese jungen Menschen haben den Mut, sich für Kinder zu entscheiden, mit ihnen zu leben, sie großzuziehen, sie zu fördern und zu bilden. Und dies bedarf der Anerkennung, nicht nur mit Worten.

Am Lebensanfang brauchen Kinder verlässliche Bindung, hier schafft das Elterngeld zumindest die finanzielle sichere Grundlage. Die Säuglingsforschung zeigt, dass die erste Welt des Säuglings vordringlich die Mutter ist. Im Verlauf des ersten Lebensjahrs tritt aber ein weiterer Prozess ein, bei dem der Säugling in wachsendem Maß seine Symbiose mit der Mutter löst, weil er seine Orientierung erweitert. Der Vaters tritt in den Wahrnehmungsprozess.

Hier komme ich auf die vieldiskutierten Vätermonate zu sprechen: Die Eltern können zehn Monate der bezahlten Elternzeit frei zwischen sich aufteilen. Zwei weitere Monate Elterngeld sind für den jeweils anderen Partner vorgesehen. Denn Kinder brauchen nicht nur die Mutter, sondern auch den Vater. Auch die Mutter braucht den Vater: Wenn beide sich um das Kind kümmern, schweißt die gemeinsame Erfahrung das Paar zusammen, reduziert den Stress und macht vielleicht Lust auf ein weiteres Kind. Für 56 Prozent der Männer unter 44 Jahren wäre das Elterngeld ein Anlass, in Elternzeit zu gehen. In Schweden, wo die „Papamonate“ seit vielen Jahren etabliert sind, nutzen 80 Prozent der Väter ihre Elternzeit – anders als bei uns, wo der Anteil bei 5 Prozent stagniert. Das Elterngeld eröffnet Wahlfreiheit: Betreuung des Kindes und Erwerbstätigkeit können nacheinander oder auch arbeitsteilig zwischen den Partnern organisiert werden. Mit den „Vätermonaten“ stärken wir die Bereitschaft mit einem gezielten Anreiz, sich freiwillig um das eigene Kind zu kümmern. Mit einem „Zwang zum Dienst an der Windel“ hat das ebenso wenig zu tun, wie die Eigenheimzulage ein Zwang zum Häuserbauen war.

Mit der Verankerung des Vaterprinzips im Mutter-Vater-Kind-Dreieck, beginnt ab Ende des ersten Lebensjahrs etwas entscheidend Neues. Das Kleinkind muss die Mutter, den Vater und die Geschwister als selbstständige Personen mit eigenen Bedürfnissen und Interessen annehmen lernen. Diese Erfahrung leitet den dritten Schritt beim Aufbau einer Werteordnung ein – die Orientierung an der sozialen Dimension.

Familie schafft Werte und gibt Werte weiter

Meine Damen und Herren, Kinder brauchen ein solides Fundament von Werten und Tugenden, das ihrem Leben Sicherheit und Richtung gibt. Wissens- und Wertevermittlung gehören untrennbar zusammen. Wissen ohne Orientierung ist immer im wahrsten Sinne des Wortes „wert“-los. Das Kind ahmt nach – vornehmlich seine Eltern. Es idealisiert sie und identifiziert sich mit ihnen und es übernimmt zunächst ihr Weltbild. Dazu braucht es aber ein Weltbild und ein festes metaphysisches Fundament. Wo nichts ist, da kann man sich an nichts mehr Orientieren, aber auch an nichts mehr reiben. Da herrschen Beliebigkeit und Leere. Deshalb ist unsere Suche nach Werteorientierung auch nicht zuletzt ein Thema der Sinndiskussion in einer sich rasant verändernden Welt.

Kinder sind meines Erachtens von sich aus, von innen heraus, religiöse Wesen. Sie fragen früh und unverblümt nach dem Woher und Wohin. Sie setzen sich offen mit dem Sinn des Lebens, dem Sinn von Leiden oder Tod auseinander. Wer sich dann als Vater oder Mutter mit seinen Kindern auf die Beziehung mit Gott einlässt, dem wird viel abgenommen. Denn er kann zeigen, dass es über den scheinbar allmächtigen Eltern auch für diese eine Geborgenheit gibt. Später wird das Kind das Weltbild in Frage stellen und durch eigene Zukunftsvorstellungen erweitern, wenn der Jugendliche nicht bloßes Abbild bleiben, sondern seine individuelle Persönlichkeit entwickeln will. Damit ist der Kernkonflikt der pubertären Phase benannt. Andere Erwachsene und die Gruppe der Gleichaltrigen erleichtern diesen Ablösungsprozess von der Familie, sie modifizieren das Wertesystem und sie öffnen den Orientierungshorizont in den gesellschaftlichen Raum hinein.

Das ist die gut alte Weisheit: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen.“ Die Werteerziehung unserer Kinder, die Antworten auf die Sinnfragen sind daher eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die beiden großen Kirchen stellen sich dieser Aufgabe und geben Antworten. Sie haben sich jetzt gemeinsam mit ihren Wohlfahrts- und Fachverbänden sowie Experten und Expertinnen zu einem „Bündnis für Erziehung“ zusammengeschlossen, das vom Bundesfamilienministerium initiiert wurde. Ziel des Bündnisses ist es, die wertorientierte und religiöse Erziehung unserer Kinder zu verbessern und die Kompetenzen all jener zu stärken, die in diesem Bereich Verantwortung tragen. Das „Bündnis für Erziehung“ ist ein Auftakt, eine Einladung an alle, sich diesem anzuschließen. Die Deutsche Bischofskonferenz hat

die gemeinsame Initiative von Beginn an aktiv und engagiert mitgestaltet. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten für Ihre konstruktive und zielorientierte Mitarbeit bedanken.

Frühe Förderung für die Kinder auf der Schattenseite des Lebens

Meine Damen und Herren, die meisten Eltern kommen mit ihren Kindern gut zurecht. In diesen Familien ist Orientierung erwünscht, aber der Staat darf sich in die Erziehung nicht einmischen. Er hat dort nichts zu suchen. Die Gesellschaft ist aber dann stärker gefordert, wenn Kinder vernachlässigt oder gar misshandelt werden. Wenn Langzeitarbeitslosigkeit, Gewalt und Alkohol den Alltag bestimmen, wachsen Kinder auf sich allein gestellt auf und verkümmern an ihrem Lebensanfang. Hier müssen wir früher hinschauen, nicht erst, wenn schreckliche Fälle von Misshandlung bekannt werden. Für diese Kinder müssen wir ein Netzwerk der verlässlichen Hilfe schaffen, das früh zum Tragen kommt, ein Frühwarnsystem.

Wir wissen aus der Forschung, wie wichtig gute, stabile Bindungen gerade in den ersten Lebensjahren eines Kindes sind. In diesen Jahren werden die Weichen gestellt: für Neugier, Vertrauen und Zuversicht oder für Verslossenheit, Angst und Aggression. Wenn die Eltern in dieser Zeit völlig überfordert sind, dann müssen wir Hilfe in diese Familien, zu diesen Kindern bringen. Ich möchte ein enges Hilfenetz rund um die Familien knüpfen, ein Netz aus Hebammen, Kliniken, Ärztinnen, Ärzten und der Kinder- und Jugendhilfe. Wichtig ist, dass den Eltern kein Vorwurf gemacht wird. Die Hilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein, Hilfe zur Erziehungskompetenz auf der Basis eines Vertrauensverhältnisses.

Das Prinzip der Großfamilie in Mehrgenerationenhäusern neu entdecken

Ich möchte den Zusammenhalt der Generationen stärken, indem wir das Prinzip der Großfamilie wieder entdecken, aber in moderner Form. Die Großfamilie verschwindet, das kann man beklagen, aber es ist eine Tatsache. Damit schwindet aber auch der selbstverständliche Zusammenhalt der Generationen. Erziehungswissen und Alltagskompetenzen gehen verloren. Dass es für die „Supernannies“ im Fernsehen eine solche Nachfrage gibt, kommt nicht von

ungefähr. Und hier setzt wieder der Gedanke an, dass wenn die Welt sich verändert, wir auch neue Formen finden müssen, um das, was uns wichtig ist, zu bewahren.

Wir haben viele Angebote, für Jugendliche, Kleinkinder, Erwerbstätige älter Menschen. Aber alle getrennt voneinander, alle versäult. Warum bündeln wir diese nicht unter einem Dach, damit die Generationen sich im Alltag begegnen, sich untereinander helfen, nicht von staats wegen, sondern von Mensch zu Mensch. Ich möchte solche Mehrgenerationenhäuser schaffen. Dort helfen sich die Generationen untereinander, ohne miteinander verwandt zu sein. Aber das Prinzip ist das der Großfamilie: Jeder kann etwas geben. Jeder erhält etwas.

Ich sprach vorhin davon: „Um ein Kind aufzuziehen, braucht man ein ganzes Dorf.“ Die Zahl der älteren Menschen in unserem Land wächst. Das kann auch eine große Chance sein, wenn wir es klug angehen, denn noch nie waren ältere Menschen so gut ausgebildet und so gesund wie heute. Sie können Zeit und Erfahrungswissen geben. Aber wir haben paradoxerweise kaum Nachfrage danach. Stattdessen wird Einsamkeit immer mehr zum Altersproblem. Also schaffen wir doch Orte, wo Menschen aller Generationen sich begegnen und helfen, auch wenn sie nicht miteinander verwandt sind. Ich möchte unseren familienpolitischen Horizont auf die Mehrgenerationenfamilie ausweiten: Mein Ziel ist es, als Modell in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen.

Meine Damen und Herren, im europäischen Raum weisen wir immer wieder auf die Bedeutung des Erhalts von Werten wie Liebe, Solidarität, Verantwortung und christlichem Glauben innerhalb der Familie. Dabei haben wir das Gewicht auf den Erhalt von Strukturen und Rollen gelegt, ohne einzubeziehen, dass Familien auf einer globalen Ebene Veränderungen durchlaufen, die sie eigentlich dazu zwingen, sich zu verändern, wenn sie sich veränderten Bedingungen anpassen müssen. Wir nehmen allzu oft eine Haltung ein, die vordringlich bewahrend ist und sich um die Defizite kümmert. Wir müssen aber stattdessen weg von der negativen Konnotation im Zusammenhang von Familie und wieder diskutieren, was die Widerstandskraft von Familien und ihrem Mitgliedern stärkt. Wenn wir mehr von den Familien lernen, die es schaffen, sich in einer modernen Welt zu behaupten, allen Schwierigkeiten zum Trotz, dann können wir wahrnehmen, wie wir Vätern und Müttern, Kindern und Kindeskindern die Freiheit verschaffen, Veränderungen positiv zu bewältigen.

Impuls: Ehe und Partnerschaft

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Familien und Kinder müssen in Deutschland einen deutlich höheren Stellenwert haben, wenn diese Gesellschaft eine Zukunft haben soll. Dazu hilft ein öffentlicher Bewusstseinswandel in der Einstellung zur Ehe und im Verständnis von Partnerschaft. Vielen gilt Ehe als eine überholte bürgerliche Institution und zu heiraten als spießig. Auf die Ehe zu verzichten gilt dagegen als modern, urban, tolerant oder wie die beliebten Leerverbände alle noch heißen mögen. Zugleich wird Partnerschaft von vielen als Gegenmodell zur Ehe verstanden. Nun mag für eine reine Zweierbeziehung, die von Kindern nichts wissen will, ein informelles Verhältnis zweckmäßig, um nicht zu sagen, bequem erscheinen. Will man aber Kinder haben, so wie immer noch eine große Zahl junger Menschen, dann ist es realitätsfremd, Ehe und Partnerschaft gegeneinander auszuspielen, ja, es ist kinder- und mütterfeindlich.

Schon im Jahre 2002 hat sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in einer eigenen Erklärung mit der Partnerschaft, die Ehe und Familie zugrunde liegen muss, beschäftigt und Haltungen beschrieben, die für das Gelingen stabiler Partnerschaften in Ehe und Familie notwendig sind. Wir wollten den Zusammenhang von Ehe und Familie unterstreichen und zeigen, dass die Ehe als verbindliche Beziehung gleichberechtigter Partner gerade für Frauen die beste Voraussetzung für ein glückliches Familienleben darstellt. Keine andere Partnerschaft kann die destabilisierende Wirkung von biographischen Krisen in gleicher Weise abfangen und Menschen „in guten und schlechten Tagen“ miteinander verbinden. „Die Entscheidung für ein Kind,“ so heißt in unserem Text; „hängt unverändert von der Stabilität der Partnerschaft der Eltern ab, von der emotionalen Tiefe der Beziehung und der Verlässlichkeit des Arrangements, das die Paare über ihre Zukunft haben treffen können. Elterliche Partnerschaftsbeziehungen bilden das Rückgrat des Lebens in einer Familie.“ Eben weil die Partnerschaftsbeziehung gerade dann häufig in eine Krise gerät, wenn sie sich in der gemeinsamen Verantwortung für ein Kind bewähren muss, schärft das Papier die Verpflichtung von Frauen und Männern zu Betreuung und Erziehung der Kinder ein. Deutlicher gesagt, gerade für den Wunsch der meisten jungen Frauen, Mutter zu sein und sich beruflich verwirklichen zu können, ist es eine notwendige Voraussetzung, dass die jungen Männer nicht nur ihren beruflichen Wünschen nachgehen, sondern sich ihrer Verantwortung als Väter stellen. Für die Part-

nerschaft von Menschen, die Eltern sind und im Beruf stehen, ist nach unserer Überzeugung die Ehe durch ihre langfristige Stabilität die beste Rahmenbedingung.

Um in diesem Sinne für die Ehe wieder ein größeres Maß tatsächlicher Wertschätzung zu erreichen, muss allerdings zweierlei beachtet werden. Erstens geht es nicht darum, andere gemeinsame Lebensformen herabzusetzen, zu denen sich Menschen in Freiheit entschließen. Sondern das Einzige, was überzeugt, ist das gelingende persönliche Beispiel und das überzeugende persönliche Bekenntnis. So wie dies erst unlängst der Bundespräsident getan hat. Als Staatsoberhaupt bezeugte er allen gemeinsamen Lebensformen seinen Respekt und allen Menschen, die sich so zu leben frei entschieden haben, seine Sympathie. Das ist, nach meinem Verständnis dieses Amtes, seine Pflicht. Und dann hat er für sich und für seine Frau ein klares Bekenntnis zur Ehe abgelegt. Gewiss steht die Ehe unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Dass sich jedoch Horst Köhler in einer so menschlich bewegenden Weise zur Ehe bekannt hat, war seine Entscheidung. Ich wünschte, es täten ihm und seiner Frau viele herausragende und einflussreiche Männer und Frauen in diesem Lande nach. Für kritische katholische Stimmen dagegen, die nach Köhlers Rede zu hören waren, habe ich kein Verständnis. Sie können nur auf einem Missverständnis beruhen. Die Wirklichkeit verändert man jedenfalls nicht, in dem man die Wirklichkeit ignoriert.

Zweitens dürfen wir nicht übersehen, dass in der Vorstellung nicht weniger die Institution der Ehe assoziiert wird mit einem bestimmten Ideal von Familie, nämlich der Aufgabenteilung zwischen dem Mann, der vor allem durch seine berufliche Arbeit die Familie ernährt, und der Frau, die sich vor allem dem Haushalt und der Kindererziehung widmet. Von der katholischen Kirche und von katholischen Verbänden ist dieses Ideal lange und mit großem Nachdruck als das katholische Familienideal vertreten worden, während die berufstätige Mutter als der begründungspflichtige Sonderfall betrachtet wurde. An dieser Vorstellung hat sich auch lange die Familienpolitik der Bundesrepublik orientiert, welche die finanzielle Förderung der Familie dem Ausbau von Strukturen der Kinderbetreuung und der ergänzenden Kindererziehung vorzog, mit der Begründung, so die Wahlfreiheit der Eltern zu sichern. Tatsächlich wurde damit der Mehrheit der jüngeren Frauen, die Mutterschaft und Berufarbeit verbinden wollen, die Wahlfreiheit verwehrt. Die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf als eine schon lange überfällige und daher besonderes dringende politische Aufgabe anzusehen, ist also berechtigt.

Die Erfahrungen unserer Nachbarn zeigen, dass auch nur so eine höhere Kinderzahl in Deutschland erreicht werden kann.

Damit bestreite ich nicht, dass auch das traditionelle Familienideal seinen Wert hat. Meine Aussagen richten sich auch nicht gegen die weitere Förderung der Familien mit nur einem Verdiener und schon gar nicht gegen die besondere Unterstützung allein erziehender Mütter oder Väter. Alle Familien müssen gefördert werden. Allerdings muss dazu die Politik den Mut haben, jene mehr an den Kosten von Kindererziehung zu beteiligen, die selbst, aus welchen Gründen auch immer, keine Kinder haben. Das ist keine Bestrafung von Kinderlosen, wie immer wieder behauptet wird, sondern nur so kommen wir zu einer größeren Gerechtigkeit bei der Sicherung der Zukunft der Gesellschaft und eines menschenwürdigen Ruhestandes für jeden. Denn beides hängt allein von den nachfolgenden Generationen ab.

Impuls: Elternkompetenz

Familienbildung als Voraussetzung für Elternverantwortung

Dr. Brigitt Schwarzmann

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten

Die Koalitionsvereinbarung 2005 enthält die in Theorie und Praxis einhellig betonte Forderung, „dass Eltern in ihrer primären Erziehungsverantwortung und –fähigkeit gestärkt werden müssen.“ Das gilt übrigens nicht nur „für Familien mit sozialen Risiken“, sondern mehr denn je für alle Eltern.

Bereits im Jahr 2003 hat die Jugendministerkonferenz bei ihrer Tagung in Ludwigsburg festgestellt. „In Anerkennung der elementaren Bedeutung der Familie für den Erhalt der Gesellschaft, vor allem für das gelingende Aufwachsen junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten verfolgt die Jugendministerkonferenz generell das Anliegen, die Erziehungskraft der Eltern zu stärken.“

Je mehr es selbstverständlicher wird, dass im Rahmen einer frühen Förderung der Kinder die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet werden, desto wichtiger ist es, die in der Verfassung abgesicherte Letztverantwortung der Eltern bei der Erziehung der Kinder nicht infrage zu stellen, sondern im Gegenteil die dafür notwendigen Absicherungen und Unterstützungen vorzusehen.

Im Prozess des Erwachsenwerdens und der Identitätsfindung von Kindern und jungen Menschen gibt es Voraussetzungen und Aufgaben, bei denen die Eltern in der Regel unersetzbar sind. Das gilt ganz besonders für Grundfragen von Beziehung und Erziehung, zu denen nicht zuletzt Wertorientierung und religiöse Sozialisation gehören. Wer anders als Mütter und Väter sollen in diesem Bereich die Entscheidungen treffen und auch als glaubwürdige Menschen in Wort und Beispiel für die getroffenen Vorgaben und Entscheidungen stehen.

Es ist nicht neu, dass es vielen Eltern schwer fällt, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Dazu trägt nicht zuletzt die Vielfalt der Weltanschauungen und Lebensstile bei, die in unserer Gesellschaft weitgehend gleichrangig nebeneinander vertreten und gelebt werden. Nun gilt aber nach wie vor: Wer Glauben vermitteln will, muss selbst glaubwürdig sein und Glauben im Alltag vorleben.

Hier gibt es eine große Verunsicherung. Geschlossene Milieus, in denen der eigene Glaube und die eigenen Überzeugungen wie in einem Biotop wachsen konnten, sind weitgehend nicht mehr existent. Die Kirchen finden mit ihren originär pastoralen Angeboten oft nicht den Zugang zur Befähigung und Stärkung der Eltern für ihre Erziehungsaufgabe.

Hier bieten die Angebote der katholischen Familienbildung mit ihren vielfältigen Möglichkeiten andere Zugangswege. Sie können zum Beispiel eine „Elternschule“ ins Leben rufen, wie das meine Familienbildungsstätte Haus der Familie in München in Kooperation mit dem Krankenhaus Dritter Orden äußerst erfolgreich getan hat. Durch diese Kooperation können Familien an einem wichtigen und sehr sensiblen Wendepunkt im Familienleben von Anfang an begleitet werden und zwar an dem Ort, den die Eltern sich selbst ausgesucht haben: in ihrer Geburtsklinik. Der Aufbau einer sicheren Eltern-Kind-Bindung sowie die Förderung von Beziehungskompetenzen stehen im Mittelpunkt. Sie sind Voraussetzung dafür, dass Erziehung nicht ins Leere verläuft und frühe Förderung überhaupt möglich ist.

Eine große Chance sieht die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten auch in Ihrem Projekt der Mehrgenerationenhäuser, die Sie in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben und aktiv befördern wollen.

Damit diese Häuser wie geplant Anlaufstelle, Netzwerk und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention sein können, bedarf es eines jahrelang entwickelten Know-how, was die katholischen Institutionen der Familienbildung mitbringen bzw. weiter ausbauen könnten.

Daher die konkrete Vorstellung, dass diese Mehrgenerationenhäuser entweder aus einer bereits bestehenden Familienbildungsstätte hervorgehen bzw. spezifische Angebote z.B. im Bereich Bürgerschaftliches Engagement in die bestehende Arbeit der Familienbildungsstätte integriert werden. Sie könnte hier Netzwerker sein, damit der Dialog zwischen der Generation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der älteren Generation durch Kennenlernen und gemeinsames Tun ermöglicht wird. Spezifische informelle Treffs und Kursangebote wären dabei anzubieten.

Ein weiterer Weg wäre die Initiierung eines MGH durch die örtliche Einrichtung der Familienbildung. Das dann institutionell selbständige MGH könnte, um kontinuierlich professionelle Familienarbeit nachhaltig zu leisten, durch administrative und pädagogische Begleitung der FBS fachlich unterstützt werden.

Der BAG Katholischer Familienbildungsstätten ist sehr wohl bewusst, dass Familienbildung vorrangig eine Aufgabe der Länder und regionalen Gebietskörperschaften ist. Trotzdem hält es die BAG es für unverzichtbar, dass auf Bundesebene unterschiedliche Träger die Möglichkeit erhalten, für die bundesweite Tätigkeit Konzepte zu entwickeln und in Theorie und Praxis zu entfalten. Das setzt funktionsfähige Bundesgeschäftsstellen ebenso voraus wie die Möglichkeit, länderübergreifende Maßnahmen durchführen zu können. Die BAG Katholischer Familienbildungsstätten ist dankbar, dass dieser Gesichtspunkt in der Vergangenheit vom Bundesfamilienministerium immer beachtet worden ist. Die Mitglieder der BAG würden es

begrüßen, wenn diese Förderung auch in Zukunft entsprechend den gewachsenen Anforderungen zur Verfügung stehen würde. Davon können die Familien in Deutschland unmittelbar profitieren.

Darüber hinaus möchte Ihnen die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten an dieser Stelle ausdrücklich auch ihre aktive Zuarbeit und Unterstützung bei den von Ihnen angestrebten Projekten und Maßnahmen im Bereich der frühen Förderung zusagen. Kommen Sie auf die BAG Katholischer Familienbildungsstätten zu!!!

Hubert Heeg

Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung

Unter dem Stichwort Familienpastoral sammeln sich die Initiativen der Kirche, die darauf abzielen, Menschen konkret darin zu unterstützen, dass ihr Leben in Bezug auf Partnerschaft, Ehe und Familie gelingen möge. Familienpastoral ist dabei geprägt von dem Bewusstsein, dass die Partnerschaft der Eltern die entscheidende Beziehung für die Familie ist. Daraus haben sich vielfältige Formen der Ehe- und Partnerschaftsbegleitung entwickelt. Sie setzen bereits im Jugendalter an, beim Übergang vom Mädchen zur Frau, vom Jungen zum Mann, und konkretisieren sich in ganz unterschiedliche Angebote zur Ehevorbereitung und –begleitung oder der Beratung und Unterstützung in Krisensituationen. Und wenn dabei auch die Ehe im Alter nicht aus dem Blick gerät, liegt der Schwerpunkt der Arbeit doch auf den frühen Phasen der Partnerschaft und Ehe. Denn die Qualität der Paarbeziehung ist mitentscheidend dafür, ob sich Paare für Kinder entscheiden, und sie hat später einen entscheidenden Einfluss auf das Familiensystem. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen sich Paare heute gegenüber sehen, kann man die Bedeutung dieses Arbeitsfeldes kaum unterschätzen, und ich sehe keine Akteure, die in der Förderung der Beziehungskompetenz von Paaren – seien sie verheiratet oder nicht – so vielfältig engagiert sind wie die Familienpastoral und die kirchliche Familienbildung.

Einen weiteren Akzent legt die Familienpastoral auf das Zusammenleben in der Familie: auf das Miteinander von Eltern und Kindern, Großeltern und Enkel, von erwachsenen Kindern und ihren Eltern (und Schwiegereltern). Jede Generation ist bedeutsam, jede fordert die andere und bereichert sie. Im Umgang der Familienmitglieder miteinander werden Werte gelebt und Haltungen erlernt, die weit über die jeweilige Familien hinaus für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung sind.

Der Frage, wie und worauf hin Eltern ihre Kinder erziehen, kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, der in den vergangenen Jahren zunehmend in das Zentrum der Arbeit gerückt ist. Er drückt sich beispielsweise aus in der konzeptionellen Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Elternkursen oder der Herausgabe von Elternbriefen, die Eltern bis zum 9. Lebensjahr ihres Kindes kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist dabei die Vermitt-

lung grundlegender Erziehungskompetenzen wie die Stärkung einer wertorientierten Erziehung.

Über die Jahre hinweg hat sich die Familienpastoral in den genannten Arbeitsfeldern eine hohe Kompetenz erworben und dabei eine feingliedrige Struktur entwickelt. Die Arbeit wird getragen von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in pastoralen Dienst wie in der Familienbildung und in Verbänden; sie erfolgt je nach konkreter örtlicher Situation in unterschiedlichen Kooperationen von Pfarrgemeinden, Familienbildungsstätten, Kindertagesstätten, Beratungsstellen und Bildungswerken. Den diözesanen Fachstellen wie den Familienreferaten kommt dabei eine wichtige Schlüsselrolle zu, die Netzwerke vor Ort zu unterstützen, innerhalb des Bistums zu koordinieren und auf der Bundesebene zusammenzuführen.

Wenn aus dieser Perspektive heraus Anforderung und Wünsche an die Familienpolitik formuliert werden, ist selbstredend die Gestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu nennen, die es Frauen und Männern erleichtert, in Ehe und Familie zu leben, sich für Kinder zu entscheiden, Familie und Erwerbsarbeit zu vereinbaren.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehören auch Institutionen, die sich den Binnensystemen von Ehe und Familie widmen, die zum Empowerment von Menschen in Ehe und Familie beitragen. Eine zukunftsorientierte Familienpolitik kann es nicht wollen, dass unter Beratung nur noch Organisationsberatung verstanden wird, dass Bildung auf Wissenserwerb und berufliche Qualifikation reduziert wird; bei aller Bedeutung des ökonomischen Wachstums muss zukunftsorientierte Familienpolitik soziales Wachstum fördern. Sie kann sich dabei auf die Kompetenzen und Ressourcen, auf die vielfältigen Netzwerke stützen, die in der Familienpastoral vorhanden sind.

Impuls: Familienhilfe

Msgr. Dr. Peter Neher

Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Familienleben zu organisieren und zu gestalten stellt hohe Anforderungen an die Eltern. Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben sind Familien auch auf begleitende und unterstützende Hilfestellungen angewiesen. Dies gilt insbesondere für belastete Familien und Familien in Krisen- und Notsituationen. Neben Hilfen aus dem nachbarschaftlichen und verwandschaftlichen Umfeld bedarf es auch eines professionellen Unterstützungssystems. Die katholische Kirche und ihre Caritas sieht es als eine ihrer vorrangigen Aufgaben an, Familien zu begleiten und im Bedarfsfall zu unterstützen.

Nachdrücklich begrüßen wir die im Koalitionsvertrag ausgewiesenen Initiativen zum Ausbau der Infrastruktur für Familien, die vom weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung, über gezielte präventive Förderangebote für gefährdete Kinder bis hin zur Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren reichen. Ebenso unterstützen wir ausdrücklich und aktiv die Förderung integrierter Angebote, die zur Bildung sozialer Netzwerke und auch zum Zusammenleben der Generationen – Stichwort Mehrgenerationenhäuser – beitragen. Die Verbindung von beruflich erbrachten Hilfen und ehrenamtlich/freiwilligen Engagement ist dem Deutschen Caritasverband seit jeher ein wichtiges Anliegen in allen seinen Angeboten. Die Kirche und ihre Caritas wird sich auch künftig an der Weiterentwicklung bedarfsgerechter familienunterstützenden Dienste und Einrichtungen beteiligen. Wir sind gerade dabei, die Qualität unserer Angebote zu prüfen und die Angebote konzeptionell weiterzuentwickeln.

Leider stellen wir jedoch fest, dass trotz vieler neuer Initiativen Familien immer weniger auf Hilfestellungen zurückgreifen können. Das Netz der Familienhilfe ist weitmaschiger geworden. In vielen Kommunen werden wichtige Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angesichts schwindender finanzieller Ressourcen zur Disposition gestellt (z.B. Erziehungsberatung, Schuldnerberatung, Suchthilfe, psychosoziale Beratung). Wenn Eltern überfordert und belastet sind, sowie keine ausreichende Unterstützung bekommen, kann das für die Kinder schlimme Folgen haben.

Ich möchte den Rahmen dieses Forums auch nutzen, um auf eine besondere Schwierigkeit bei der frühzeitigen Unterstützung von Familien in prekären Lebensverhältnissen hinzuweisen. Kinder in schwierigen Familienverhältnissen sollten so früh wie möglich erreicht und deren

familiäres Umfeld stabilisiert werden. Hier gibt es bereits viel versprechende und wirkungsvolle Handlungsansätze der aufsuchenden und alltagspraktischen Hilfe. Diese Konzepte wurden zum Teil auch mit Mitteln des BMFSFJ gefördert und evaluiert. Solche Handlungsansätze bewirken nachweislich ein verbessertes Beziehungs- und Erziehungsklima. Sie optimieren die Versorgungslage nicht zuletzt durch die Einübung von Haushaltsführungskompetenzen. Doch solche integrierten Ansätze, die sowohl armuts- als auch gesundheitspräventive Aspekte verbinden, haben Mühe, sich in unseren „versäulten“ Hilfesystemen zu etablieren. Weder das System der Gesundheitshilfe noch der Kinder- und Jugendhilfe erklären sich für diese zugehenden präventiven Hilfen zuständig. Aus unserer Sicht bedarf es nicht nur der Verknüpfung von Dienstleistungen, sondern in einigen Bereichen gleichermaßen der Verknüpfung von Kostenzuständigkeiten.

Bei allem, was nun an wichtigen Initiativen angestoßen wird, muss schon heute im Interesse der Nachhaltigkeit darauf geachtet werden, dass die Vorhaben in Abstimmung mit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege geplant und durchgeführt werden. Denn damit bekommt die in den Modellvorhaben entwickelte gute Praxis auch Chancen einer dauerhaften Implementierung.

Als Caritas haben wir im Herbst letzten Jahres eine Befähigungsinitiative für benachteiligte Kinder und Jugendliche gestartet. Mit unseren Einrichtungen und Diensten und durch unser sozialpolitisches Engagement leisten wir unseren Beitrag dazu, dass Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien ihre Fähigkeiten und Potentiale noch besser entfalten können und dabei Unterstützung erfahren.

Elisabeth Bußmann

Familienbund der Katholiken

Sehr geehrter Herr Kardinal Sterzinsky,
sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,
meine Damen und Herren,

die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ein entscheidendes Signal in der Familienpolitik gegeben: Sie hat bei der Neuregelung zur steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten **alle** Familien berücksichtigt. Nicht nur diejenigen Eltern werden gefördert, die beide voll berufstätig sind, sondern auch die Väter oder Mütter, die für die Erziehung ihrer Kinder in den ersten Jahren auf Erwerbsarbeit verzichten. Das ist ein deutliches Zeichen für eine Familienpolitik, die Müttern und Vätern die Freiheit für ihren Lebensentwurf überlässt und alle Familienmodelle gleichermaßen möglich macht und unterstützt. Der Kompromiss zu den Kinderbetreuungskosten war, wie Sie, sehr geehrte Frau Ministerin sagten, eine „schwere Geburt“, aber er ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung und der Familienbund der Katholiken hat ihn ausdrücklich begrüßt.

Familienpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Familien, der Mütter, Väter und Kinder ausrichten. Sie muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass junge Menschen wieder Mut zum Kind bekommen und das Glück eines Lebens mit Kindern erfahren können. Familien brauchen, um ihre Vorstellung von Familie leben zu können, praktische Hilfe und finanzielle Entlastung von Staat und Gesellschaft. Sie brauchen eine bessere Betreuungsinfrastruktur und eine flexiblere Arbeitswelt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu meistern.

Familienpolitik ist jedoch **keine** Erfüllungsgehilfin der Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik. Ihre Aufgabe liegt nicht darin, junge Eltern vorzeitig in die Erwerbsarbeit zurück zu holen, nur um die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erfüllen. Und schon gar nicht dürfen Eltern finanziell dafür bestraft werden, wenn sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst erziehen und betreuen möchten und dafür auf Erwerbsarbeit verzichten.

Das ist ein Grund dafür, dass wir die Vorschläge der Bundesregierung für ein Elterngeld kritisch beurteilen. Wir sehen es zum einen als Eingriff in die Entscheidungsfreiheit junger Menschen an, wenn das zentrale finanzielle Instrument zur Unterstützung des Familienstarts von zwei auf ein Jahr reduziert wird. Denn dies drängt Eltern nach kurzer Elternzeit wieder zurück an den Arbeitsplatz. Wir sehen vor allem aber, wie auch Herr Kardinal Sterzinsky und der Deutsche Caritasverband, die Gefahr einer sozialen Schieflage auf uns zu kommen. Es muss

sicher sein, dass mit dem Elterngeld nicht diejenigen begünstigt werden, die gut verdienen und diejenigen benachteiligt werden, die wenig oder wegen der Erziehung weiterer Kinder gar nichts verdienen. Es muss deswegen sicher sein, dass der Sockelbetrag des Elterngeldes nicht angerechnet wird auf andere Sozialleistungen.

Wir haben mit dem Erziehungsgeld ein Instrument, das sich in der Praxis bewährt hat. Das Erziehungsgeld wurde im Jahr 1986 eingeführt, um die Erziehungsleistung der Eltern zu honorieren. Es sichert den Eltern ein Grundeinkommen nach der Geburt, auch wenn es seit seiner Einführung nicht erhöht worden ist und vor zwei Jahren die Einkommensgrenzen gekürzt wurden.

Deshalb setzt sich der Familienbund der Katholiken dafür ein, das Erziehungsgeld bei zu behalten und das Elterngeld zusätzlich als Option anzubieten. Diese Kombination hat zwei Vorteile: das Elterngeld kann als Lohnersatzleistung den Lebensstandard gut verdienender berufstätiger Eltern nach der Geburt sichern und wird nicht durch systemfremde Elemente verzerrt. Das Erziehungsgeld wiederum gibt Geringverdienern und Mehrkindfamilien zwei Jahre lang die Sicherheit eines Grundeinkommens.

Erziehungsgeld und Elterngeld: Wir brauchen beides, um allen Familien in diesem Land gerecht zu werden. Vielen Dank.

Tagungsgäste

Abmeier, Karlies, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 10115 Berlin
Albrecht, Bettina, Bischöfliches Ordinariat, Ref. Ehe u. Familie, 39104 Magdeburg
Allenberg, Nele, Evang. Kirche in Deutschland, Der Bevollmächtigte des Rates Deutschland, 10117 Berlin
Bausenhardt, P.Karl, 45307 Essen
Biedowicz, Henriette. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung, 10117 Berlin
Bögelmann, Monika, Familienbund der Katholiken, Diözese Osnabrück, 49124 Georgsmarienhütte
Brams, Monika, Caritasverband für das Bistum Aachen e.V., 52066 Aachen
Dallmüller, Kunigunde, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V., 49074 Osnabrück
Danhel, Günter, Institut für Ehe und Familie, A-1010 Wien
Dietrich, Klaus, Sozialministerium Erfurt, 99084 Erfurt
Dietzen, Jo, Thüringer Landesvertretung, 10117 Berlin
Dörflinger, MdB, Thomas, Kolpingwerk Deutschland, 50667 Köln
Eberl, Ute, Erzbischöfl. Ordinariat Berlin, Ref. Ehe, Familie, Alleinerziehende, 10117 Berlin
Eggensperger OP, Thomas, Institut Marie-Dominique Chenu, 10119 Berlin
Engel OP, Dr. Ulrich, Institut Marie-Dominique Chenu, 10119 Berlin
Entrich OP, P. Dr. Manfred, Sekr. d. Deutschen Bischofskonferenz, Leiter Bereich Pastoral, 53113 Bonn
Faber, Maria, Bischöfliches Ordinariat Magdeburg, Ref. Ehe u. Familie, 39104 Magdeburg
Feil, Dr. Michael, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Pastoral, 53113 Bonn
Finkelburg, Antonin, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 10178 Berlin
Fischbach, MdB, Ingrid, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Fischer-Köhler, Kath. Familienbildungsstätten, 40177 Düsseldorf
Fischler, Franz-Heinrich, Caritasverband Erzbistum Berlin, 13409 Berlin
Fresacher, Dr. Bernhard, Bischöfliches Ordinariat Trier, 54290 Trier
Frey, Dr. Peter, ZDF-Hauptstadtstudio Berlin, 10117 Berlin
Griffig, Michael, Kolpingwerk Deutschland, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln
Gruß, MdB, Miriam, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Grütz, Dr. Reinhard, Familienbund im Bistum und Land Sachsen Anhalt e.V., 39104 Magdeburg
Günter, Markus, Deutscher Caritasverband, Ref. Familie, Frauen, Kinder, 79104 Freiburg
Hagen, Dr. Claudia, Familienbund der Deutschen Katholiken, 10117 Berlin
Hagmans, Gaby, Sozialdienst katholischer Frau, 44135, Dortmund
Halm, Christa, DCV-Magdeburg Familienhilfe, 39112 Magdeburg
Hartmann, Ursula, Deutscher Caritasverband e.V., 10117 Berlin
Haupt, Wolfgang, Deutscher Familienverband, Landesverband Brandenburg, 14552 Michendorf
Heeg, Hubert, Arbeitsgemeinschaft der kath. Familienbildung (AKF), 53179 Bonn
Henry-Huthmacher, Christine, Konrad-Adenauer-Stiftung, 53757 Sankt Augustin
Hobohm, Jan, Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen AGF e.V., 10787 Berlin
Hoffmann, Leonhard, 22147 Hamburg
Hoffmeier, Andrea, BdKJ, Büro Berlin, 10115 Berlin
Höhns, Dr. Martina, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Leiterin d. Pressestelle, 53113 Bonn
Holze, Renate, Bischöfliches Generalvikariat Essen, Frauenseelsorge, 45127 Essen
Hornfek, Ansgar, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 10178 Berlin
Horst, Christof, Arbeitsgemeinschaft der kath. Familienbildung (AKF), 53179 Bonn
Hunstig, Heinrich, 33104 Paderborn
Janik, Felicitas, Familienbund der Katholiken im Erzbistum Berlin, 10117 Berlin
Junglas, Mario, Deutscher Caritasverband e.V., Hauptvertretung Berlin, 10117 Berlin
Kaczynski, Anfreas, Fokolarbewegung Neue Familien, 12249 Berlin
Kaiser, Klaus, Soziale Dienste Berlin, Alt-Lietzow 33, 10587 Berlin
Kleine, Pfr. Robert, Erzbischöfl. Generalvikariat Köln, Erwachsenenseelsorge, 50668 Köln
König, Barbara, Zukunftsforum Familie e.V., 53119 Bonn
Korden, Dr. Michael, Familienbund der Deutschen Katholiken, 10117 Berlin
Korte, Dieter, An der Heilandsweide 20, 12277 Berlin
Köster-Brons, Carlotta, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., 10178 Berlin
Langendörfer SJ, P. Dr. Hans, Sekretär im Sekretariat d. Deutschen Bischofskonferenz, 53113 Bonn
Lattig, Veronika, Caritasverband der Diözese Görlitz, 03046 Cottbus
Lenke, MdB, Ina, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Licharz-Lichtenthäler, Christa, Haus der Familie, 45879 Gelsenkirchen
Lopez, MdB, Helga, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin

Marks, MdB, Caren, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Maus, Gerlinde, Gemeinschaft Hausfrauen der kfd, 40477 Düsseldorf
Maywald, Dr. Jörg, Deutsche Liga für das Kind, 10117 Berlin
Metker, Dr. Thomas, Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 10178 Berlin
Meyer, Prof. Dr. Hans Joachim, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 53175 Bonn
Milke, Matthias, Familienbund der Katholiken im Erzbistum Berlin, 10117 Berlin
Moll, Christiane, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, 10115 Berlin
Möllring, MdB, Dr. Eva, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Neher, Msgr. Dr. Peter, Deutscher Caritasverband e.V., 79004 Freiburg
Noll, MdB, Michaela, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Ostermann, Dr. Marcus, Deutscher Familienverband, 10117 Berlin
Ott, Percy, CDU-Bundesgeschäftsstelle, 10785 Berlin
Rathofer, Felix, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Pastoral, 53113 Bonn
Ringkowski, Barbara, Deutscher Caritasverband, 79104 Freiburg
Samberger, Dr. Christa, 12627 Berlin
Sarrouh, Danuta, Caritasverband Erzbistum Berlin e.V., 18409 Berlin
Sauerbrey, Ute, Redaktion "die Kirche", 10249 Berlin
Schepers, Petra, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Schmidt, Nora, Deutscher Verein f. öffentliche u. private Fürsorge, 10179 Berlin
Schrader, Walter, Kaleb e.V., 13125 Berlin
Schröder, Ute, Kath. Frauengemeinschaft, 40477 Düsseldorf
Schulz, Johanna, Fokolar-Bewegung Neue Familien, Sekretariat/Ostdeutschland, 04509 Zwochau
Schulz, Karin, SelbstHilfe Initiative Alleinerziehender, 10407 Berlin
Schulz, Manfred, Fokolar-Bewegung Neue Familien, Sekretariat/Ostdeutschland, 04509 Zwochau
Schwarzmann, Dr. Brigitt, BAG-Familienbildungsstätte, 80799 München
Skalitz, Klaus, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V., 39112 Magdeburg
Sottong, Dr. Ursula, Malteser Werke gGmbH, 51103 Köln
Stapel, Sigrid, Arbeitsstelle Frauenseelsorger der Deutschen Bischofskonferenz, 53113 Bonn
Sterzinsky, Kardinal Georg, Erzbistum Berlin, 10064 Berlin
Strabel, Gregor, Erzbischöfl. Generalvikariat, Erwachseneneseelsorge, 50668 Köln
Straube, Dr. Peter-Paul, 02625 Bautzen
Streter, Dieter, 10318 Berlin
Sudmann, Heinrich, 53127 Bonn
Thoma, Maria-Elisabeth, Sozialdienst katholischer Frauen, Zentrale e. V., 44135 Dortmund
Tiede, Rocco, Bertelsmann Stiftung, 33335 Gütersloh
Tieves, Barbara, Erzbischöfliches Ordinariat Berlin, Ref. Ehe u. Familie, 10117 Berlin
Urhausen, Heiner, Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter e.V., 10969 Berlin
van Schewick, Ute, Katholischer Deutscher Frauenbund, 14055 Berlin
von der Leyen, Dr. Ursula, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin
Wachsen, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin
Wallenhorst, Thomas, Sekr. d. Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Kirche und Gesellschaft, 53113 Bonn
Warnke, Dr. Markus, Familienbund der Deutschen Katholiken, 10117 Berlin
Wassermann, Vera, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 53175 Bonn
Weber, Hildegard, Familienbund der Katholiken, Diözese Trier, 56332 Lehmen
Weider, Weihbischof Wolfgang, Erzbistum Berlin, 10117 Berlin
Welskop-Deffaa, Eva-Maria, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 53175 Bonn
Wenzel, Maria-Theresia, Thüringer Ministerium f. Soziales, Familie u. Gesundheit/Familienpolitik, 99096 Erfurt
Wessels, Robert, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Berlin, 10115 Berlin
Wildermann, Marie, RBB
Winkelmann, Petra, Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. (SKF), 44135 Dortmund
Winkler, Brigitte, Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen AGF e.V., 10787 Berlin
Witting, Holger, KJG-Bundesleiter, 41450 Neuss
Wuss, Leonija, Sichtwechsel e.V.f. gewaltfreie Medien, 10559 Berlin
Ziegler, Thomas, Kath. Bundeskonferenz Ehe-, Familien- u. Lebensberatung, 97070 Würzburg